

lands; und am ungünstigsten liegt es auf dem Gebiet der Kaserstoffe, die immer noch zum größten Teil aus dem Ausland bezogen werden müßten. Um die Erzeugungslücken zu schließen, müsse zunächst eine Anbauverlagerung vorgenommen werden; d. h. es müßten bei gleichzeitiger Steigerung der Getreideerzeugung die Brotgetreideflächen etwas eingeschränkt werden, um auf dem so gewonnenen Lande Futtermittel zu erzeugen. Auf dem Gebiet der Tierzucht müsse vor allem eine Hebung der allgemeinen Leistung des Viehbestandes angestrebt werden. Die Voraussetzung sei ein gegenseitiges Hand-in-Handarbeiten aller an der Ernährungswirtschaft beteiligten Kreise auf Grund bewusster Verantwortlichkeit der Gemeinschaft gegenüber. Da die Lebenshaltungskosten unter keinen Umständen steigen dürften, müsse unbedingt Preisdisziplin gewahrt werden. Um diese Disziplin zu gewährleisten, werde der Staat im Notfall mit aller Rücksichtslosigkeit durchgreifen. Die Getreide- und Kartoffelerzeugung sei durchaus ausreichend. Wenn einzelne Lebensmittel, wie Schweinefleisch, Eier, Butter und Käse, vorübergehend knapp würden, würden immer andere Lebensmittel genügend vorhanden sein. Unbedingt notwendig sei die gerechte Verteilung der Lebensmittel, damit auch der letzte Volksgenosse den ihm zustehenden Anteil erhalte. Auf keinen Fall dürfe der geldlich Verrückte den Minderbemittelten um seinen Anteil bringen; hier hätten die Kleinverteilungsstellen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Eine große Verantwortung trage hier die deutsche Hausfrau. Wer durch Panikern und Klagen Unruhe schaffe, sei ebenso ein Volksschädling wie der Hamsterer, der ebenso selbstsüchtig wie unständig Vorräte aufspeichere. Der Verbraucher müsse sich der Versorgungslage anpassen und nicht immer gerade das Fleisch und das Gemüse verlangen, das gerade einmal knapp sei oder das der deutsche Boden im Augenblick nicht hervorbringe.

Von jedem deutschen Volksgenossen müsse verständnisvolle Mitarbeit verlangt werden; denn es sei die Lebensfrage der Nation, ob das Ausland den Brotpreis bestimme oder wir.

Die Forderung des Gemeinschaftsbedarfes sei dabei eine der wichtigsten Aufgaben; sie beginne mit einer planmäßigen Ordnung der Erzeugung, die sich dem vorhandenen Bedarf weitestmöglich anpassen müsse. Wo dann die Erzeugung ihre natürlichen Grenzen finde, müsse die Erziehung des Verbrauchers einleiten, um dem Bedarf zu steuern. Sei das erreicht — und hierzu sei eine riesige Aufklärungsarbeit notwendig — dann sei man dem Ziel der deutschen Ernährungsfreiheit um ein wesentliches Stück nähergekommen.

Vg. Schmidt (Altona) vom Reichsheimstättenamt sprach über „Das Siedlungsproblem des kommenden Jahres“. Der steigende Bedarf an Wohnungen sei ein Beweis dafür, daß heute mehr Menschen in der Arbeit untergebracht seien und höhere Ansprüche an die Erfüllung ihrer Bedürfnisse stellten. Viele Familien, die sich bisher mit kümmerlichen Wohnungsverhältnissen begnügten, verlangten heute eine bessere, eigene Wohnung. Im ganzen sei ein Fehlbetrag von 1,5 Millionen Wohnungen vorhanden, und zwar überwiegend Kleinwohnungen. Zu berücksichtigen sei ferner, daß seit 1935 auf Grund der zahlreichen Eheschließungen ein wesentliches Ansteigen der Geburtenzahl sich bemerkbar mache. Alles in allem ergebe sich, auf die nächsten dreißig Jahre verteilt, ein jährlicher Bedarf von 150 000 Wohnungen. Man würde gut tun, solche Wohnungen zu schaffen, die vor allem der Arbeiterfamilie nützlich seien. Man sollte daher im größten Umfang den Wohnungsbau auf die Heimstättenföderung umschalten und möglichst zwei Drittel des Bedarfes in Form von Heimstättenföderungen bauen. Die zuständigen Stellen des Staates und der Bewegung treffen alle Vorbereitungen für ein großes Siedlungsprogramm, das bereits für das kommende Jahr ein Ansteigen der Häuser- und Wohnungsbaues bringen werde. Die Bewegung ist gerüstet, um so viel an Siedlungen und Wohnungen zu bauen und in wirtschaftlich vernünftiger Form bodenständig zu sichern, wie nur irgend mit finanziellen Mitteln geschaffen werden kann; diese Mittel müssen und werden daher zur Verfügung stehen.

Umsatzstatistik 1935.

Unternehmer helfen dem Finanzamt.

Mit der Umsatzsteuerveranlagung dieses Jahres wird eine Umsatzstatistik verbunden werden. Die Statistik soll dazu dienen, über die Umsatze in den verschiedenen Gewerbebezirken und in den verschiedenen Reichsteilen, auch über die Verteilung der Gewerbebetriebe innerhalb des Reiches ein möglichst klares Bild zu bekommen. Die so gewonnenen statistischen Zahlen sind von großer Bedeutung für die wirtschafts- und finanzpolitischen Erwägungen der Reichsregierung.

Es ist daher selbstverständliche Pflicht eines jeden Volksgenossen, die Arbeit der Finanzämter auf diesem Gebiet nach Kräften zu unterstützen. Hierzu gehört — neben der richtigen Angabe des steuerpflichtigen Umsatzes — nur zweierlei: Erstens die sorgfältige Aufstellung der steuerpflichtigen Umsätze in die verschiedenen Umsatzsteuerklassen (Ziffer II 6 der Umsatzsteuererklärung) und die zutreffende Einreichung der steuerfreien Umsätze in die verschiedenen Arten. Zweitens die richtige Angabe der Gewerbe- oder Berufsart und der Berufsorganisation, welcher der Unternehmer angehört.

Die Förderung kinderreicher Familien.

Staatssekretär Reinhardt kündigt neue Maßnahmen an. Staatssekretär Reinhardt gab am Montag auf der fachwissenschaftlichen Reichstagung der Zollbeamten in Eisenach einen Auschnitt aus den Maßnahmen, die von der Reichsfinanzverwaltung in den ersten drei Jahren nationalsozialistischer Staatsführung durchgeführt wurden, um entscheidend an der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufrichtung des Volkes und am Ausbau der Wehrmacht mitzuwirken. Die Finanz- und Steuerpolitik im neuen Reich sei in der Hauptsache abgestellt auf die Minderung der Arbeitslosigkeit, auf die Sicherung der materiellen Voraussetzungen zum Aufbau der Wehrmacht und auf die Anpassung der Steuern an die Bevölkerungs- und politischen Grundzüge des Nationalsozialismus.

Im Verlauf seiner Ausführungen ging Staatssekretär Reinhardt besonders auf die folgenden Ausrichtungen der Ehestandsbarkeiten und die Befähigung der Arbeitslosigkeit ein.

Besondere Maßnahmen der Reichsfinanzverwaltung gelten vor allem der kinderreichen Familie. In dieser Richtung liegt auch eine Maßnahme, die vom 1. Juli 1936 in Kraft treten wird. Von diesem Tage ab sollen, wie der Staatssekretär ankündigte, neben den bisher an Kinderreiche gewährten einmaligen Kinderbeihilfen laufend Unterstützungsbeträge in Höhe von 10 Mark im Monat für das fünfte und jedes weitere Kind an Volksgenossen gezahlt werden, deren Jahreseinkommen die 1800-Mark-Grenze nicht übersteigt. In dieser Anordnung sieht Staatssekretär Reinhardt die erste Maßnahme zur Einleitung eines großen Ausgleiches der Familienlasten in Deutschland. Zum Abschluß der Tagung sprach Staatssekretär Reinhardt über

die Pflichten und Aufgaben des Beamten im nationalsozialistischen Staat.

Staatssekretär Reinhardt führte hierbei u. a. folgendes aus: Nationalsozialist und Beamter könne nur sein, wer im Mittenschnitten in erster Linie seinen Volksgenossen, nicht aber den Angehörigen eines anderen Standes sieht, und wer in unerschütterlicher Treue zum Führer, Volk und Staat steht. Für die Beurteilung des Beamten sei nicht entscheidend, daß er eingeschriebenes Mitglied der Partei ist, sondern einzig und allein seine Einstellung zum Staat und zur Partei. Maßgebend müsse weiter sein, ob der Beamte seine Kinder nach nationalsozialistischen Grundätzen erziehe. Der Nachwuchs der Beamten werde selbstverständlich nur aus dem Kreise derjenigen Jugendlichen genommen werden können, die der NS. angehört haben.

Abessinische „Kneifzange“ um Katala.

Neue schwere Kämpfe an der Nordfront entbrannt.

An der abessinischen Nordfront konzentrierten sich erneut schwere Kämpfe um den Besitz der Straße zwischen Katala und Adua. Wie aus Addis Abeba gemeldet wird, soll es abessinischen Abteilungen gelungen sein, während der Nacht die Straße zu überqueren und bis vor Hausien, 60 Kilometer nördlich von Katala, vorzustoßen. In der Nähe von Hausien soll einer privaten Meldung zufolge eine heftige Schlacht im Gange sein.

Danach hätten die Abessinier also einen fast unglücklich erscheinenden Vorstoß in die italienischen Verbindungslinien hinein unternommen.

Aus unserer Heimat.

Wilsdruff, am 4. Februar 1936.

Der Spruch des Tages.

Der Ruhm, der uns nicht glücklich macht, ist nichts als ein Wort, und der Ruhm, der unsere Untertanen nicht glücklich macht, ist eine Schmach.

Friedrich der Große

Jubiläen und Gedenktage.

5. Februar.

1808 Der Kaiser Karl Spitzweg geboren.

1861 Der Luftschiffbauer August von Parseval geboren.

1929 Der Dichter und Dichters Friedrich von Günefeld gestorben.

Sonne und Mond.

5. Februar: S.-A. 7.37, S.-U. 16.51; M.-A. 14.50, M.-U. 6.29

Schaltjahr.

Das Jahr 1936 ist ein Schaltjahr. Das bedeutet, daß der Februar 29 Tage hat. Viele werden diese Nachricht nicht mit allzu großer Begeisterung aufnehmen — von wegen der Gehaltszahlung bzw. des Wirtschaftsgeldes und so. Aber, wie schon gesagt: Das kommt ja nur alle vier Jahre vor. Also trösten wir uns und nehmen wir geduldig in Kauf, was die Statendmacher uns besperien.

Schaltjahre haben im großen ganzen einen schädlichen Reumund. Die meisten Menschen vergessen, Schaltjahre wären Unglücksjahre. Den Beweis dafür bleiben sie allerdings schuldig. Tatsache aber ist, daß die Schaltjahre so ihre Besonderheiten und Eigenheiten haben müssen, und daß die Menschen zu den Besonderlichkeiten eigene Besonderlichkeiten zuleuern. Da sind die beklagten Menschen, die nur alle vier Jahre so richtig Geburtstag an ihrem wirklichen Geburtstag feiern können. Da man aber in den Vereinigten Staaten aus solchen Besonderheiten stets etwas „Besonderes“ zu machen pflegt, gibt's in New York den sogenannten Klub der zwölfsährigen Fünfziger, dem nur Leute angehören, die den Vorzug oder das Pech — ganz wie man will — haben, an einem 29. Februar geboren zu sein, werden sie doch auf diese Weise in ihrem Leben alle vier Jahre nur ein Jahr älter, im ganzen höchstens 25 Jahre alt. Jedenfalls stellt der Klub „der zwölfsährigen Fünfziger“ solche spielerischen Behauptungen auf und freut sich daran.

Brüder freuen sich noch andere Leute, wenn ein Schaltjahr bevorsteht — nämlich die unverheirateten Mädchen in England! Alter Volksbrauch liegt dem zugrunde: Im Jahre 1298 erließ die englische Königin Margarete eine Parlamentsakte, in der verfügt wurde, daß am Schalttage jedes Mädchen — gleichgültig ob reich oder arm, hohen oder niederen Standes — seine Liebe irgendeinem Manne frei und offen erklären dürfe, und daß der Mann dann gehalten sei, diese Werbung anzunehmen; späterhin wurde als Zusatzgesetz verfügt, daß in solcher Weise angeprochene Männer sich auch freikaufen konnten. Von dieser alten Sitte, die bis ins achtzehnte Jahrhundert hinein bestand, ist einiges da und dort noch heute in der englischen Gesellschaft lebendig geblieben; nämlich die Schalttagsschätze, bei denen Damen und Herren ihre Rollen vertauschen und die sogenannten alten Sitten etwas umgekehrt werden.

Nach weiteren Meldungen haben andere abessinische Formationen ebenfalls nördlich von Katala eine italienische Abteilung angegriffen und in die Flucht geschlagen. Die Lage der italienischen Besatzung in Katala wird auf Grund dieser Meldungen in Addis Abeba als besonders gefährlich angesehen. Über die Stellungen der Abessinier rings um Katala wird weiter mitgeteilt, daß nicht nur vom Westen der Stadt her die Straße nach Adua bedroht wird, sondern daß

auch bei Agula, nordöstlich von Katala,

abessinische Truppen die rückwärtigen italienischen Verbindungen angreifen, die durch die Verschlammung der Wege immer schwieriger würden. So sei eine „Kneifzange“ gebildet, die es den Abessinierern erpari, Katala frontal anzugreifen. Die Stadt soll ansehungert werden.

Mussolini: „Die Regenzeit wird die Italiener nicht aufhalten.“

Mussolini gewährte einem Vertreter der französischen Zeitung „Paris Soir“ eine Unterredung, in deren Verlauf er sich recht zuversichtlich über den Fortgang des Feldzuges in Abessinien äußerte. Auch die bevorstehende Regenzeit beeinflusse ihn in seiner hoffnungsvollen Haltung nicht. Hunderttausend italienische Soldaten hätten bereits eine Regenzeit mit durchgemacht und nicht sonderlich darunter gelitten. Die anderen würden sie ebenso überleben. Auf alle Fälle würden die Abessinier sehr viel mehr darunter zu leiden haben; denn Italien würde immer die Möglichkeit haben, seine Truppen mit dem Notwendigen zu versorgen, was bei den Abessinierern nicht sehr sicher sei. Die Regenzeit werde die Italiener nicht aufhalten.

Genf berät erneut über die Sperrung.

Der Sachverständigenausschuß der Sanktionskonferenz, der die Durchführbarkeit einer Erdölsperrung gegen Italien prüfen soll, ist erneut in Genf zusammengetreten. In dem Ausschuss sind folgende Länder vertreten: England, Frankreich, Iran, Mexiko, Norwegen, die Niederlande, Peru, Rumänien, Schweden, die Sowjetunion und Venezuela. Zur Teilnahme war auch Argentinien aufgefordert worden; es hat jedoch keinen Sachverständigen entsandt.

Die erste Sitzung des Sachverständigenausschusses war den formalen Grundlagen der Arbeit gewidmet. Es wurden zwei Unterausschüsse eingesetzt: der eine für Transportfragen, der andere für die Erdölherzeugung und die damit zusammenhängenden Fragen. Es besteht der Eindruck, daß von keiner Seite auf eine Beschleunigung der Beratungen Gewicht gelegt wird.

Kommt der Winter doch? In der vergangenen Nacht hat sich der Stand des Barometers plötzlich nach der Seite zum Besseren gewendet. Offenlich bedeutet das auch, daß nunmehr das Wetter zeltgemäßer sich gestaltet, daß der Winter noch mit Schnee und Eis kommt, damit die seit Weihnachten gewachsenen Schlier endlich ihrer Bestimmung dienen können und die Eisfelder wieder gefüllt werden können, in denen sich noch gährende Leere zeigt.

Ein Stoßtruppredner der Reichspropagandabteilung, Pg. Tenschert, spricht am Donnerstag in Wilsdruff. Am kommenden Donnerstag abends 8 Uhr findet im „Weißen Adler“ eine von der NS. und der NSDFV-Ortsgruppe gemeinsam durchgeführte Rundgebung statt, der eine ganz besondere Bedeutung zukommt. Zunächst wird Pg. Seipt-Dresden über das Thema sprechen: „Wir kapitulieren nicht“ und dann spricht Stoßtruppredner Pg. Gerbard Tenschert über das Thema „Ans 4. Jahr der nationalsozialistischen Revolution“. Die Einwohnerschaft von Stadt und Land wird gebeten, diese Rundgebung zu besuchen und sich mit den Richtlinien vertraut zu machen, die Pg. Tenschert für den Fortgang der nationalsozialistischen Revolution im 4. Jahre entwickeln wird.

Volksschul-Aufführung zum Besten des Winterhilfswerkes. Die Volksschule ladet für Sonnabend 20 Uhr und Sonntag 16 Uhr in den Wägen ein, wo „s Ringelblum“, ein volkstümliches frohes Spiel mit Gesang in fünf Akten, von Franziskus Rogler zum Besten des Winterhilfswerkes aufgeführt wird.



Die Deutsche Arbeitsfront hielt am gestrigen Montagabend eine gemeinsame Sitzung der Betriebsführer, Betriebsräte und der NSDAP-Walter ab. Der Ortswart legte in längerem tiefgründigen Ausführungen dar, was unbedingt getan werden muß, wenn das der Deutschen Arbeitsfront gesteckte Ziel erreicht werden soll: Die engste Zusammenarbeit der Betriebsführer mit den Betriebsräten und dem neuen Vertrauensrat. In den Vertrauensratswahlen wurden die ersten Termine und Vorarbeiten besprochen. Die Betriebsgemeinschaft ist die Keimzelle der Wirtschaft und diese muß unbedingt gesund sein, wenn wir vorwärts kommen wollen. Die amnestierten Betriebsführer erhielten Richtlinien zur Ausgestaltung von Betriebsappellen, welche nunmehr auch in unserem Ortsgruppenbereich eingeführt werden. Der Betriebsappell soll der Sprachtag aller dem Betrieb Angehörigen sein. Um eventuelle Mißstände und etwaige leicht zu beseitigende Mängel der Betriebsamtsangehörigen zu beseitigen, muß der Appell von Zeit zu Zeit ständige Einrichtung werden. Versammlungen der DAF-Ortsgruppe müssen in Zukunft von den Betriebsmitgliedern besucht werden. Mit der Bitte an die Betriebsführer, benötigten DAF-Amtswalten die Beschaffung der Uniform zu erleichtern und einem Kampfbild wurde die kameradschaftlich verlaufene Sitzung beendet.

Wochenplan-Berichtigung. Die Sitzung der Bürgermeisterei findet am 5. Februar nicht um 20 Uhr, sondern bereits um 18 Uhr statt.